

Sehr geehrter Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen,  
schon die von der Verwaltung eingebrachte Stellungnahme mit ihren zahlreichen  
Rücknahmeforderungen wurde in unserer Fraktion kontrovers diskutiert, wenngleich wir uns  
im Sinne einer breit getragenen Stellungnahme entschieden hatten dieser zuzustimmen.

Nachdem alle Fraktionen wiederholt dem vorgetragenen Beratungsbedarf einzelner  
stattgegeben haben, kann man es aber nur als Unding bezeichnen, einen von grüner  
Parteipolitik geprägten Antrag wie den jetzt vorliegenden kurz vor Toresschluss übersandt  
bekommen zu haben. Diesen Umgang mit gewählten Kreistagsmitgliedern kritisieren viele  
Mitglieder unserer Fraktion scharf.

Aus unserer Sicht ist eine Versachlichung der Diskussion und Entscheidung notwendig.  
Unsere Partei sieht es als zentrale Aufgabe an, Ökologie und Ökonomie in Einklang zu  
bringen. Deshalb halten wir fest, dass eine Ausweisung im Regionalplan eine  
umweltfachliche Prüfung nicht ersetzen würde. Im Regionalplan wird nur grob entschieden,  
welche Entwicklungsmöglichkeiten seitens der Bezirksregierung gesehen werden. Die  
tatsächliche Umsetzung erfolgt dann durch die jeweilige Stadt und in umweltfachlicher  
Hinsicht den Kreis Herford. Eine Ausweisung im Regionalplan ist also mitnichten eine  
Festlegung. Das wird alleine schon daran deutlich, dass ein Vielfaches an möglicher  
Entwicklungsfläche ausgewiesen wird, als der jeweiligen Kommune als tatsächliches  
Entwicklungspotential zusteht.

Eine Entscheidung gegen eine Aufnahme in den Regionalplan wäre hingegen  
gleichbedeutend mit der Verweigerung einer fachlichen Prüfung im Bedarfsfall. Wir denken  
aber, dass diese fachliche Prüfung hier vor Ort und nicht in Detmold erfolgen sollte. Mit Blick  
darauf, dass der Regionalplan die Entwicklungsperspektiven für die nächsten 20 Jahre  
aufzeigt, halten wir es für nicht sachgerecht, der nachfolgenden Generation die Möglichkeit  
einer am Umwelt- / und Naturschutz orientierten fachlichen Entwicklung zu verbauen

Gerade die heutige Zeit mit ihren durch die Corona-Pandemie verschärften  
Herausforderungen für unsere heimische Wirtschaft, vor allem aber für die Arbeitsplätze in  
unserer Region, unterstreicht, dass es auch weiterhin Entwicklungsmöglichkeiten zur  
Sicherung von Arbeitsplätzen geben muss. Wir können uns glücklich schätzen, dass nach  
dem Wechsel der Landesregierung grundsätzlich wieder Entwicklungsperspektiven in OWL  
entstanden sind. Nachdem zuvor die Vorstellung vorherrschte, dass Unternehmen im Falle  
von Wachstumsbedarf ja im Ruhrgebiet expandieren könnten. Dass dieses, gerade mit Blick  
auf die Grenznahe zu Niedersachsen, eine utopische Vorstellung war, ist unseres Erachtens  
nicht von der Hand zu weisen.

Wie ein Landrat, der selbst den Anspruch erhebt, die Kreisverwaltung als  
Ermöglichungsbehörde zu führen einen solchen Antrag durch die ihn tragenden Fraktionen  
gutheißen kann, erschließt sich uns nicht.

Aufgrund der vorgenannten Begründung, insbesondere der Sicherung von Arbeitsplätzen im  
Kreis Herford und einer regionalen Entwicklung entlang naturschutzfachlicher  
Gesichtspunkte kann der vorliegende Antrag von uns nur abgelehnt werden.  
Für die Herforder Fraktionskollegen wird Michael Kunst eine weitere Begründung zur  
Ablehnung aus Herforder Sicht benennen.